



# Barthle-Brief

Nr. 58

**Berlin aktuell**  
Die Woche im Bundestag

19.9.2008

Thema der Woche:

## **Union bleibt stabile Kraft der Großen Koalition**

**Nach dem Führungswechsel bei den Sozialdemokraten ist die Partei tief gespalten**

Nach dem würdelosen Umgang mit ihrem Bundesvorsitzenden Beck sucht die SPD nun ihr Heil in einer neuen Spitze. Die entscheidenden Fragen bleiben jedoch weiterhin ungeklärt. Während der designierte Beck-Nachfolger Müntefering erklärt, seine Partei werde nach der Bundestagswahl auf keinen Fall mit der Linkspartei koalieren, demonstriert Frau Ypsilanti in Hessen weiter, wie unglaubwürdig sozialdemokratische Wahlversprechen sind. Unter Bruch aller vor der Wahl abgegebenen Beteuerungen und nur angetrieben von ihrem eigenen Machtwillen sucht sie weiterhin die Zusammenarbeit mit den Alt-Kommunisten. Jetzt sind Kanzlerkandidat Steinmeier und der künftige SPD-Vorsitzende Müntefering aufgefordert, die Glaubwürdigkeit der SPD wiederherzustellen und den hessischen Experimenten ein Ende zu bereiten.

Unklarheit herrscht auch hinsichtlich des weiteren wirtschafts- und sozialpolitischen Kurses der Sozialdemokraten: Wollen sie weiter in der unionsgeführten Bundesregierung die notwendige Modernisierung unseres Landes vorantreiben oder flüchten sie in die Realitätsverweigerung linker Wohlfühlpolitik? Bekennt sich die Parteiführung zu den Erfolgen der Sozial- und Arbeitsmarktreformen oder folgt sie den Forderungen des linken Flügels nach höheren Transferleistungen und Rücknahme der Reformen? Wir fordern die SPD-Führung auf, in dieser Frage endlich Klarheit herzustellen.

Angesichts der Zerrissenheit der SPD ist die Union als der stabile Pfeiler der großen Koalition umso mehr gefordert. Auf uns kommt es deshalb an, wenn auch im letzten Jahr der Legislaturperiode wichtige politische Projekte entschlossen angegangen werden sollen. Vor uns liegt noch viel Arbeit: Reform der Erbschaftsteuer, Föderalismusreform II, Senkung der Lohnnebenkosten sind nur einige wichtige Stichworte.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bekennt sich klar und eindeutig zur Regierungsverantwortung in der Großen Koalition und wird alles tun, auch die verbleibende Zeit bis zur Bundestagswahl zum Erfolg werden zu lassen. Von der Klausurtagung des Fraktionsvorstandes am 10./11. September 2008 in München ging daher ein überzeugendes Signal der Stärke und Geschlossenheit aus. Mit dem Ziel, den Bürgern eine Entlastungsperspektive aufzuzeigen, haben wir uns auf ein Entlastungspaket in einem Umfang von zehn Milliarden Euro verständigt. Dazu gehören die verbesserte steuerliche Abzugsfähigkeit der Beiträge zur privaten und gesetzlichen Krankenversicherung, die Erhöhung des Kindergeldes und des Kinderfreibetrages sowie die Absenkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung.

Der Fraktionsvorstand fordert die Absenkung des Beitragssatzes von derzeit 3,3 auf 2,8 Prozent; damit können Arbeitnehmer und Arbeitgeber um insgesamt weitere vier Milliarden Euro entlastet werden. Eine Absenkung in diesem Umfang ist finanzierbar, die bei der Bundesagentur für Arbeit aufgelaufenen Überschüsse müssen an die Beitragszahler zurückgegeben werden.

Wir haben zudem hingewiesen auf die noch anstehenden wichtigen Aufgaben in der großen Koalition in den nächsten Monaten und auf die hier erforderlichen inhaltlichen Klärungen, so insbesondere bei der Reform der Erbschaftsteuer, wo wir unsere mittelstandspolitischen Anliegen mit aller Entschiedenheit vertreten werden, oder bei der Frage der Einführung einer wirksamen Schuldenbremse im Rahmen einer zweiten Föderalismusreform.

Die SPD bleibt aufgefordert, ihre innerparteilichen Differenzen im Interesse der Wahrung der Handlungsfähigkeit der großen Koalition möglichst rasch zu klären.

### **Haushaltswoche im Bundestag**

In erster Lesung werden wir das Haushaltsgesetz 2009 beraten. Der von der Bundesregierung vorgelegte Entwurf und der Finanzplan 2012 sind eine gute Grundlage für die parlamentarischen Beratungen. Die Konsolidierung des Bundeshaushalts ist gut vorangeschritten, das Ziel des Haushaltsausgleichs 2011 wird bekräftigt durch den vorgesehenen weiteren stufenweisen Abbau der Nettokreditaufnahme in den Jahren 2009 und 2010. Damit setzt die große Koalition ihren erfolgreichen Konsolidierungskurs konsequent fort. Der Haushalt 2009 sieht Ausgaben in Höhe von 288,4 Milliarden Euro vor. Die Investitionen im Bundeshaushalt werden um eine Milliarde Euro gegenüber 2008 steigen, vor allen Dingen in den Bereichen Forschung, Bildung, Entwicklung sowie Verkehr. Die Investitionsausgaben erreichen eine Höhe von durchgängig 25 Milliarden Euro jährlich bis zum Jahr 2012. Das strukturelle Defizit – bestehend aus Neuverschuldung und Einmaleffekten aus Privatisierungserlösen – wird in 2012 unter zwei Milliarden Euro liegen.

Mit dem Bundeshaushalt 2009 und dem Finanzplan bis 2012 wird damit nicht nur der Konsolidierungskurs weiter fortgesetzt, sondern auch die wachstums- und beschäftigungsfördernden Ausgaben gestärkt. Die zukunftsorientierten Bereiche Klimaschutz, Forschung und Entwicklung sowie Entwicklungshilfe werden spürbar ausgebaut. Ferner wird das bereits mit dem Bundeshaushalt 2006 begonnene 25 Milliarden Euro-Impulsprogramm fortgeführt. Neben dem neu eingeführten Elterngeld, dem verstärkten Ausbau der Kinderbetreuung für unter Dreijährige und den Verbesserungen beim Kinderzuschlag für Geringverdiener ist die geplante Erhöhung von Kindergeld und Kinderfreibetrag ab 2009 ein zentrales Anliegen unserer zukunftsorientierten Familienpolitik.

Im Bereich der Arbeitsmarktpolitik müssen alle Voraussetzungen für eine weitere Absenkung des Beitragssatzes der Bundesagentur für Arbeit ab 2009 geschaffen werden. Im Bereich der Langzeitarbeitslosigkeit müssen noch intensivere Anstrengungen zur Vermittlung und Qualifizierung von Arbeitslosen unternommen werden. Insbesondere bei den Eingliederungsleistungen sehen wir noch Effizienzsteigerungspotential, das sowohl den Arbeitslosen zugute kommt als auch das Budget entlastet.

### **Bundeswehr – Mandatsverlängerung**

Neben den Haushaltsberatungen steht in dieser Woche die Verlängerung von drei Mandaten für die Auslandseinsätze der Bundeswehr an. Mit der Beteiligung unserer Marine an der „United Nations Interim Force in Lebanon (UNIFIL)-Mission“ vor der libanesischen Küste tragen wir erfolgreich zur Stabilisierung der Lage im Nahen Osten bei. Das Unterbinden des Waffenschmuggels soll auch weiterhin ein Wiederaufflammen des Konflikts verhindern und die Regierung von Ministerpräsident Siniora unterstützen. Zusätzlich werden die Fähigkeiten der libanesischen Marine zur Sicherung der eigenen Seegrenzen durch Ausrüstungs- bzw. Ausbildungshilfe fortlaufend verbessert. Aufgrund erster Erfolge kann die Mandatsobergrenze für die Bundesmarine von 1.400 auf 1.200 Soldaten reduziert werden. Das Mandat wird um 15 Monate bis zum 15. Dezember 2009 verlängert, damit ein neuer Bundestag nach der Wahl im kommenden Jahr ausreichend zeitlichen Spielraum hat.

Die schwierige Sicherheitslage im Sudan erfordert es, dass wir unsere Anstrengungen dort ebenfalls fortsetzen. Im Rahmen der UNAMID-Mission zum Schutz der notleidenden und verfolgten Zivilbevölkerung ist die Bundeswehr mit 250 Soldaten beteiligt. Sie unterstützen die afrikanische Friedenstruppe vor allem mit Transportflügen. Außerdem helfen 75 deutsche Soldaten im Rahmen von UNMIS, die schwierige Umsetzung des Nord-Süd-Friedensabkommens von 2005 zu überwachen und zu unterstützen.

Für alle Auslandseinsätze gilt: Wir schicken unsere Soldatinnen und Soldaten nicht leichtfertig, sondern nur nach genauer Abwägung unserer Interessen und Ziele in Konfliktregionen.

### **Zitate**

„Die große Koalition führt dazu, dass der Kollege Peter Struck zum ersten Mal aus der Heiligen Schrift zitiert. Gut so, kann ich da nur sagen.“

„Wir machen keinen Wahlkampf. Wir müssen unsere Arbeit machen!“

(CDU/CSU-Fraktionschef Volker Kauder bei der Haushaltsdebatte am Mittwoch im Bundestag)